

Liechtensteiner Volksblatt

Scheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Attentat im Baskenland

Im spanischen Baskenland sind am Montag bei einem Attentat zwei junge Soldaten der spanischen Marine ermordet und zwei andere verwundet worden. Der Anschlag wurde, vermutlich von Mitgliedern der Separatistenorganisation ETA, in La Paz, einem Vorort von San Sebastian verübt. Wie eine Sprecherin des Gouvernements mitteilte, wurde ein Transportfahrzeug, in dem die Soldaten am Morgen zu ihrer Kaserne fahren wollten, aus einem vorbeifahrenden Auto mit Maschinenpistolen beschossen. In diesem Jahr sind in Spanien damit insgesamt 32 Menschen politisch durch gewalttätigen Gewalt zum Opfer gefallen.

ÖTV beendet Lufthansa-Streik

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat den bereits am 15. November ausgesetzten Streik bei der Lufthansa am Montag offiziell für beendet erklärt. Diese Entscheidung fiel, obwohl sich eine Mehrheit der bei der Fluggesellschaft beschäftigten 10000 Mitglieder in der zweiten Urabstimmung gegen den Schlichterspruch Georg Lebers ausgesprochen hatten.

Wirtschaftsnotstand in Kolumbien

Als Folge des Vulkanausbruchs am 13. November im Westteil Kolumbiens, durch den 25000 Menschen ums Leben gekommen sind und ein volkswirtschaftlicher Schaden von umgerechnet knapp einer Milliarde Franken entstanden ist, haben Präsident Belisario Betancur und sein Staatsrat den sozialen und wirtschaftlichen Notstand im Lande proklamiert. Die Massnahme ist auch eine Reaktion auf die vorangegangene Besetzung des Justizpalastes in Bogota durch linke Guerilleros.

Noch 69 Tage bis zur Wahl!

Das Parteiorgan der Vaterländischen Union sollte sich endlich mehr an die Wahrheit halten. Denn eine gute Woche vor der Volksabstimmung über das Volksbegehren betreffend «Gleiche Rechte...» heisst es im VU-Pressorgan noch immer wörtlich: «Der Hauptgrund, warum im Landtag (...) der Verfassungsinitiative (...) ein Gegenvorschlag des Landtages gegenübergestellt wurde...» - Das nennt man den Stimmbürger und die Stimmbürgerin für dumm verkaufen. Denn nicht DER Landtag, also die Volksvertretung als gesamtes, sondern die 8 regierungstreuen JA-Sager der VU-Fraktion haben einen Gegenvorschlag eingebracht: Gegen die Stimmen der FDP-Abgeordneten und gegen den Grundsatz, dass Verfassungsgesetze nur einstimmig oder bei zwei aufeinanderfolgenden Abstimmungen wenigstens mit Dreiviertelmehrheit genehmigt werden müssen! Die VU erledigt diese Dinge inzwischen «Metanand» selbst und interpretiert unser Grundgesetz wie es ihr beliebt. Zum Glück sind bald Wahlen: Zeit für die FDP!



Das neue Programm der FDP (VI):

Einführung eines freiwilligen Solidaritätsdienstes

Die FDP setzt sich für eine breite, aber gezielte Förderung der Jugend in verschiedenen Bereichen ein

Die Jugend ist meistens anders als die Erwachsenen generation. Diese Erfahrung wurde schon, wie Schriftstücke aus verschiedenen Zeitepochen überliefern, seit Jahrhunderten gemacht. Doch in der heutigen Zeit mit ihrer fast vollständigen Mobilität, mit der zunehmenden Orientierungslosigkeit, mit dem Verlust vieler Werte, die unsere Vorfahren noch hochhielten, ist die Jugend Proben ausgesetzt, die sie nicht allein bewältigen kann. Breite Hilfe für alle, aber gezielte Hilfe für spezifische Probleme ist notwendig.

Die FDP hat sich in ihren bisherigen Wahlprogrammen jeweils stark für die Jugend und ihre Probleme eingesetzt. In ihrem neuen Programm 86 sind verschiedene gezielte Förderungsmassnahmen vorgesehen, welche die FDP verwirklichen möchte. Die Förderungsbereiche umfassen die Sicherung von Lehr- und Arbeitsstellen, Wiedereingliederungsmöglichkeiten, einen freiwilligen Solidaritätsdienst sowie Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Lehrstellen und Arbeitsplätze

Die Sicherung von Lehrstellen und -nachfolgend - von Arbeitsplätzen stellt eine wichtige Aufgabe der Zukunft dar. Nur wenn gewährleistet ist, dass unsere Jugend nicht nur eine solide, in die Zukunft gerichtete Ausbildung in beruflicher Hinsicht erhält, sondern nach der Berufsausbildung auch einen entsprechenden Arbeitsplatz findet, werden wirtschaftliche und soziale Probleme weitgehend ausbleiben. Damit die Ausbildungsbetriebe und die Arbeitsanbieter

in der Lage sind, genügend Lehr- und Arbeitsstellen zur Verfügung zu stellen, setzt sich die FDP für steuerliche Vergünstigungen für Betriebe ein, die in besonderem Masse Lehrstellen und Arbeitsplätze für Jugendliche anbieten.

Sozialpädagogisch betreute Wohngruppen

Für Jugendliche, die aus irgendeinem Grunde nicht mehr in unserer Gesellschaft zurechtkommen, die drogen- oder alkoholabhängig geworden sind, bestehen praktisch keine Möglichkeiten zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft durch geschultes Personal. Die FDP schlägt deshalb die Einführung von sozialpädagogisch betreuten Wohngruppen als Brücke zwischen den Jugendlichen, ihren Familien und der öffentlichen Gemeinschaft vor. Das Ziel dieser Wohngruppen wäre es, Jugendlichen mit grossen persönlichen, beruflichen oder anderen Problemen die Wiedereingliederung zu erleichtern. Mit dieser Massnahme soll der Einweisung in ausländische Heime vorgebeugt und den aus Heimen zurückkehrenden Jugendlichen die Wiedereingliederung in unserer Gesellschaft erleichtert werden.

Freiwilliger Solidaritätsdienst

Unsere Jugend muss keinen Militärdienst leisten, auch keine Arbeitseinsätze im zivilen Bereich sind vorhanden. Die Einführung eines freiwilligen Solidaritätsdienstes, wie ihn die FDP in ihrem Programm fordert, würde jedoch dem Solidaritätsgedanken vieler Jugendlicher ent-

gegenkommen, wie der Einsatz vieler Jugendlicher in Vereinen oder Verbänden beweist. Der von der FDP geforderte Solidaritätsdienst soll im Rahmen von sozialen Einrichtungen des In- und Auslandes, im Rahmen der Nachbarschaftshilfe, bei Katastrophen und bei Entwicklungsprojekten ausgeübt werden können.

Bekämpfung des Drogenproblems

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint das Drogenproblem in unserem Land nicht mehr in einer akuten Phase zu stecken. Dennoch kommt der Bekämpfung der Drogensucht eine dominierende Rolle zu. Die Bekämpfung der Trunksucht ist in unserer Verfassung verankert. Die FDP möchte nun auch für die anderen Drogen einen Artikel in der Verfassung verankern, der die Förderung der notwendigen Massnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung sowie zur Hilfe vorsieht.

Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot

In Zukunft kommt der sinnvollen Freizeitgestaltung eine noch grössere Bedeutung als heute zu, da die Tendenz zur Verkürzung der Arbeitszeiten weitergeht. Ein breites und grosszügiges Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot, wie es die FDP in ihrem Programm 86 vorsieht, soll für jugendliche und erwachsene Leiter der Sport- und Jugendvereinigungen angeboten werden. Es soll aber auch für Vereine und Gruppen gelten, die im Bereich des kulturellen Schaffens und auf anderen Gebieten der Freizeitgestaltung tätig sind.

Initiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau»

Die seltsamen Wandlungen der Vaterländischen Union (VU) in Sachen Verfassungsinitiative

Noch am 1. Juni dieses Jahres liess die Nach-Regierungspartei VU durch ihren Hausjuristen, Dr. Peter Wolff, im parteieigenen «Liechtensteiner Vaterland» verkünden: «Um die Frauen rechtlich besserzustellen, braucht es keine Verfassungsänderung». Bis zum 23. Oktober, als das rechtmässig zustandegekommene Volksbegehren in den Landtag kam, hatte die VU ihre Meinung wieder geändert. Sie begnügte sich nicht nur damit, gegen das Volksbegehren zu stimmen, sondern brachte mit den 8 Stimmen ihrer Mehrheit sogar selbst einen Antrag auf Abänderung der Verfassung ein. Unter dem fragwürdigen Begriff «Gegenvorschlag» sollte damit am kommenden Wochenende das Volksbegehren unterlaufen werden.

Was stimmt nun? Die von der Vaterländischen Union im Juni vertretene Meinung, dass man den Gleichheitsgrundsatz gar nicht in der Verfassung verankern brauche, weil er dort bereits verankert sei? Oder muss man jetzt doch etwas verankern? Und wie gewohnt: nicht das, was eine von mehr als 2000 Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern unterzeichnetes Volksbegehren will, sondern was die VU mit Mehrheitsbeschluss im Landtag diktiert?

Das Lügenmärchen vom Richterstaat

Um das Volksbegehren «Gleiche Rechte...» zu bekämpfen, tischt die VU der Öffentlichkeit sogar ein neues Lügenmärchen auf. Angeblich würde die Demokratie im Falle der Annahme der Verfassungsinitiative am nächsten Sonntag gefährdet. Denn dann würden nach VU-Version nicht mehr Volk und Parlament sondern Richter über Gesetze entscheiden.

Gemeint ist: wer sich von einem Gesetz ungleich behandelt fühlt (Mann oder Frau), könnte unter Berufung auf den neuen Verfassungsartikel die Korrektur eines Gesetzes durch den Richter erzwingen.

Richtig ist, dass ein Gesetz vom Staatsgerichtshof als verfassungswidrig erkannt und aufgehoben werden kann. Das ist schon heute der Fall. Die Neufassung des

Gesetzes aber ist nicht mehr Sache der Gerichte, sondern wieder der Regierung, bzw. des Landtages und - dank Gesetzesinitiative - auch des Volkes. Was soll also das Lügenmärchen vom Richterstaat?

Ungereimtheiten

Wir müssen davon ausgehen, dass Dr. Peter Wolff im «Vaterland»-Artikel vom 11. Juni aus Überzeugung die Ansicht vertrat, dass ein eigentlicher Verfassungsartikel betreffend die Verankerung des Gleichheitsgrundsatzes im Grunde genommen überflüssig sei. Dr. Wolff steht mit dieser Meinung nicht allein.

Wenn das stimmt, was das VU-Parteiorgan am 11. Juni schrieb, dann werden die Ungereimtheiten ob der heutigen Haltung der VU noch grösser. Denn, ● dann steht jedem Mann und jeder Frau, die sich vom Gesetz ungleich behandelt fühlen, der Weg zum Richter schon heute offen, und ● dann brauchen wir weder den Gleichheitsgrundsatz gemäss Volksbegehren und schon gar nicht den zweifelhaften «Gegenvorschlag» in der Verfassung verankern.

Parteitaktische Manöver

Am 11. Juni wusste man in der VU noch nicht, dass das Volksbegehren nicht nur ordnungsgemäss zustandekommen, sondern hoch überzeichnet würde. Am 11. Juni war Dr. Peter Wolff auch noch nicht als Kandidat für ein VU-Regierungsmandat nach dem 2. Februar nominiert.

Die VU hat sich in bezug auf die Forderung nach Verankerung des Gleichheitsgrundsatzes verschätzt. Aus parteitaktischen Überlegungen hat sie dann im Sommer langsam die Schwenkung vollzogen, die im sogenannten «Gegenvorschlag» gipfelte.

Soll einmal mehr ein berechtigtes politisches Anliegen an parteitaktischen Überlegungen der Vaterländischen Union scheitern? Die Erinnerung an die Gengeninitative zur Stärkung unserer Volksvertretung ist noch in frischer Erinnerung. Ebenso das schroffe Nein der VU zu einer FDP-Motion, die das Thema Verstärkung des Landtages doch noch einmal im Parlament einbringen sollte.



Mit insgesamt 62 Toten, dem schlimmsten Blutbad in der Geschichte der Luftpiraterie, ist die Entführung einer ägyptischen Verkehrsmaschine durch palästinensische Terroristen am Sonntagabend auf Malta zu Ende gegangen. «Sie haben Mut gehabt, aber kein Glück» - mit diesen Worten fasste der Pilot der Boeing 737, der 39-jährige Hani Galal, den gescheiterten Versuch von etwa 25 ägyptischen Elitesoldaten zusammen, die Geiseln nach 24stündiger Gefangenschaft aus der Gewalt von fünf Verbrechern zu befreien. Der Pilot gehört zu den nur 23 Flugzeuginsassen, die die Erstürmung der Maschine Sonntagabend gegen 20.15 Uhr auf dem Flughafen von Maltas Hauptstadt La Valletta überlebten.

KOMMENTAR

Die Erfolge der liechtensteinischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Internationalen Berufswettbewerben sind sehr hoch einzuschätzen. Wenn nicht nach jedem Wettbewerb Medaillen in Gold oder Silber mit nach Hause gebracht werden, so hängt das - wie anlässlich des Empfanges der jungen Berufsleute bei S. D. Erbprinz Hans Adam verlauteet - einerseits mit dem bisschen Quentchen Glück zusammen, ohne das kein Erfolg zustandekommt. Auf der anderen Seite sind die Wettbewerbsbedingungen schwieriger geworden, da vor allem eine Reihe aufstrebender Industriestaaten an diesem Kräftemessen mitmachen und offenbar keine Mühe scheuen, für den erhofften Erfolg ihre jun-

Führungs- und Kaderausbildung

gen Berufsleute entsprechend zu schulen. Spezielle Vorbereitungen finden natürlich auch in unserem Land statt, doch reichen diese nicht an die Schulungsprogramme der Koreaner oder Japaner heran. Ausserdem bestehen gesellschaftliche Unterschiede, wobei in unserem Fall die Wohlstandsgesellschaft immer wieder qualifizierte Jugendliche von einer Teilnahme an den Berufswettbewerben abhält.

Ein anderer Aspekt unserer Berufsausbildung kam ebenfalls zur Sprache. Carl Walsler, der für seine Bemühungen um die Teilnahme an den Internationalen Berufswettbewerben geehrt wurde, sprach sich für eine gezieltere Ausbildung und Weiterbildung für die Übernahme von Führungs- und Kaderpositionen in Industrie und Dienstleistungsbetrieben aus. Dieser Bereich kommt nach seiner Auffassung deutlich zu kurz. Zahlen aus den Chefetagen unserer führenden Betriebe erhärten diese Ansicht.

Doch was ist zu tun? Ein Teil der Arbeit müsste in den Schulen beginnen, mit Hinweisen auf die Möglichkeiten einer akademischen Laufbahn ausserhalb der Geisteswissenschaften, der Medizin und der Rechtswissenschaft. Ein anderer Teil betrifft die Schulung für Führungskräfte nach der Spezialausbildung im Neutechnikum Buchs und am Abendtechnikum Vaduz. Weitere Möglichkeiten würden sich mit Sicherheit bei einem Überdenken der allgemeinen Berufsausbildung ergeben.

Wir haben einen Rückstand gegenüber anderen Staaten, so das besorgte Fazit Carl Walsers. Noch ist es nicht zu spät, nach Abhilfe zu suchen. Das Problem ist bekannt. (G. M.)

FBP-Jugendtreffen am 11. Januar 1986

Diesen Termin sollten sich schon heute alle Jugendlichen und Junggebliebenen aus unserem Land vormerken: Am Samstag, den 11. Januar 1986 steigt im Reschsaal in Schaan das FBP-Jugendtreffen 1986! Die Junge FDP, die seit über zehn Jahren diese wohl schwingvollste Unterhaltungs- und Tanzver-

junge FDP

anstaltung im ersten Teil des neuen Jahres organisiert, hat in den letzten Wochen ein abendfüllendes Programm erarbeitet, das mit Sicherheit jeder Besucherin und jedem Besucher etwas bieten wird. Heute sei nur soviel verraten, dass die Gratis-Saalverlosung mit vielen originellen Erinnerungsgeschenken und das traditionelle Quiz mit tollen Preisen nicht fehlen werden. Alles weitere wird dann rechtzeitig bekanntgegeben. Die Nachwuchsorganisation der Fortschrittlichen Bürgerpartei freut sich jedenfalls schon heute auf ein Wiedersehen beim FBP-Jugendtreffen am 11. Januar 1986 ab 20 Uhr in Schaan!